

02.10.2008

Schätzerkreis kann sich nicht einigen

Versicherte müssen mit Rekordbeitrag ab 2009 rechnen

Für die meisten gesetzlich Versicherte wird es ab 2009 teuer: Die Beitragszahler müssen sich dann auf einen einheitlichen Kassensatz von mindestens 15,5 Prozent einstellen. Der Schätzerkreis beim Bundesversicherungsamt (BVA) konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag einigen. Der Krankenkassenverband geht von der Notwendigkeit eines noch höheren Beitragsatzes aus.



Zum Start des Gesundheitsfonds wird es für die meisten teurer: Gesetzlich versicherte Beitragszahler werden ab 2009 voraussichtlich einen Beitragssatz von mindestens 15,5 Prozent zahlen müssen. Foto: dpa

HB BONN/BERLIN. Auf die Beitragszahler kommt zum Start des Gesundheitsfonds in drei Monaten ein Rekordsatz von mindestens 15,5 Prozent für die gesetzliche Krankenversicherung zu. Der Schätzerkreis beim Bundesversicherungsamt (BVA) in Bonn konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Vorschlag für den Satz einigen, wie das BVA am Donnerstagabend mitteilte. Nach der Prognose der Vertreter des Gesundheitsministeriums und des BVA muss der erste einheitliche Satz insgesamt 15,5 Prozent betragen. Der Spitzenverband der Krankenkassen hingegen hält 15,8 Prozent für notwendig. Heute beträgt der Durchschnittssatz aller rund 215 Kassen etwas mehr als 14,92 Prozent.

Die Spitzen der Koalition beraten an diesem Sonntag über den ersten Einheitsatz in der Geschichte der Krankenversicherung. Das Bundeskabinett will die Entscheidung am Dienstag auf den Weg bringen und am 29. Oktober endgültig fällen. Sie betrifft 51 Mill. Kassen-Mitglieder und deren Arbeitgeber.

Wegen unterschiedlicher Auffassung über die Höhe der Ausgabensteigerungen hatten sich die Verhandlungen der Schätzer überraschend bis zum Abend hingezogen. Bei einem Satz von 15,5 Prozent aufs Bruttoeinkommen zahlen 92 Prozent der Kassen-Mitglieder nach Kassenangaben mehr als heute, bei 15,8 sind es sogar 93 Prozent. Heute reicht die Spanne bei den einzelnen Kassen von Gesamtsätzen von 12,2 bis 17,4 Prozent. Nach mehreren Erhöhungen dürfte der Durchschnittssatz nach BVA-Angaben noch in diesem Jahr an die Rekordmarke von 15 Prozent heranrücken. Bei einem Einheitsatz von 15,5 Prozent würden bei Mitgliedern günstiger Kassen in Einzelfällen bis zu 700 Euro mehr im Jahr fällig.

Die Vorsitzende des GKV-Spitzenverbandes, Doris Pfeiffer, forderte die Bundesregierung auf, „den Beitragssatz so festzusetzen, dass die Finanzierung der Ausgaben für die medizinische Versorgung auch tatsächlich gesichert ist“. Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen warnte vor zusätzlichen Lohnnebenkosten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber im BKK-Bereich von 700 Mill.

Euro bei 15,5 und von 1,06 Mrd. Euro bei einem Satz von 15,8 Prozent. Der DAK-Verwaltungsrat forderte die Bundesregierung auf, den Einheitsatz frühestens für 2010 festzulegen.

Der Schätzerkreis hatte seit Wochenbeginn künftige Einnahmen und Ausgaben der Kassen prognostiziert und gegengerechnet. Der Hauptgrund für die Erhöhung sind beschlossene oder erwartete Mehrausgaben für Krankenhäuser, Kassenärzte und Arzneimittel. In den Verhandlungen gingen die Kassen von einem höheren Finanzbedarf - vor allem für die Kliniken - aus als das Bundesversicherungsamt und das Ressort von Ministerin Ulla Schmidt (SPD). Einvernehmen bestand hingegen bei der Beurteilung der Mehreinnahmen. Zuletzt betragen die Kassen-Ausgaben rund 154 Mrd. Euro im Jahr.

Der Vorstandschef der Techniker Krankenkasse, Norbert Klusen, warf der Politik vor, sie habe den Druck auf den Einheitsbeitrag „durch Geschenke an Ärzte und Kliniken in Höhe von sechs Mrd. Euro selbst verursacht“. Der Staat erweise sich damit als „Preistreiber, einen guten Teil der Zeche müssen die Krankenkassenmitglieder bezahlen“, sagte er der „Frankfurter Rundschau“.

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen forderte eine Entlastung der Versicherten durch weitere Reformen. „Hier sollten Wirtschaftlichkeitspotenziale besser genutzt werden“, sagte Vorstand Gerd Billen der Deutschen Presse-Agentur dpa. Allein im Arzneimittelbereich ließen sich durch konsequente Preisregulierung bis 5,6 Mrd. Euro einsparen.

Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach warnte im NDR vor künftigen Lasten für Rentner oder Geringverdiener durch Zusatzbeiträge zum Einheitsatz. Viele Betroffene würden dann zu Kassen ohne diese Pauschalen wechseln. „Der Fonds wird dazu führen, dass wir in ein paar Jahren vielleicht nur 50 Krankenkassen haben.“ Der Präsident des Verbands der Krankenversicherten, Heinz Windisch, sagte im MDR: „Ich sehe nicht, dass die Krankenkassenbeiträge in Zukunft noch einmal sinken werden.“

Link zum Artikel: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/versicherte-muessen-mit-rekordbeitrag-ab-2009-rechnen;2053964>

© 2008 ECONOMY.ONE GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH

Verlags-Services für Werbung: www.gwp.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: Content Sales Center (Sitemap)

Powered by Interactive Data Managed Solutions

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende Nutzungshinweise, die Datenschutzerklärung und das Impressum.